

# Commerzial

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.  
Der Comier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Engelauer 21.  
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864  
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 39.

Berlin, den 8. November 1914.

18. Jahrg.

## Kartoffel-Wucher.

Die jüngsten Preissteigerungen für Kartoffeln. — Die Ernteschätzung. — Die verschiedenen Bedarfsansprüche. — Das augenblickliche Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot. — Behördliche Maßnahmen zum Einwirken.

Aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands, überall unter Vorantritt der naturgemäß am meisten betroffenen größeren Städte und Industriegebiete, heften sich die Nachrichten über plötzliche, bedeutende, zum Teil ganz wunderliche Preissteigerungen für Kartoffeln. Stettin, Kiel, Bremen, Hamburg mögen als Beispiele für die Küstenstriche genannt sein. Für Mitteldeutschland liegen Preismitteilungen aus der Dresdener Gegend und dem sächsischen Vogtland, aus Coburg, Gotha, Erfurt und Meiningen, ferner aus Halle, Braunschweig, Hannover und Kassel vor. In Nürnberg berieten Magistrat und Händler über die Wege, auf denen den maßlosen Forderungen der Lieferanten entgegenzutreten sei. Im Westen fehl in Solingen, in Hagen, in der Pfalz, die gleiche Frage auf der Tagesordnung. In Berlin, dem herborstlichsten Orte des Absatzes und Verbrauches, schlug die Presse frühzeitig Alarm und die Gewerkschaftskommission verlangte sofort Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Mißstandes. Die in Berlin zur Überwachung der Lebensmittelpreise eingesetzte städtische Kommission will in gleicher Richtung bei den zuständigen Behörden, vor allem bei dem Oberkommando in den Worten vorstürzen. Es liegt also reichlich Anlaß vor, über Produktion und Bedarf dieses, gerade in Deutschland ungemein wichtigen Nahrungsmittels, die grundlegenden Ziffern zusammenzufassen, um daraus einen Rückschluß auf das Künstliche oder Normale der heutigen Marktvorgänge ziehen zu können.

Während scheint zunächst gewirkt zu haben, daß die neuesten Ernteschätzungen hinter den vorausgesehenen Höchstwert etwas zurückbleiben. Dies bedeutet jedoch keineswegs ein Zurückbleiben hinter den durchschnittlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Der gewiß unverdächtige, agrarische Deutsche Landwirtschaftsarbeiter kommt vielmehr in seiner jüngsten, am 17. Oktober veröffentlichten Berechnung, auf eine deutsche Ernteziffer von 47 Millionen Tonnen — wohlgemerkt: unter Berücksichtigung, daß ein Teil der Kartoffelernte in Ostpreußen und Oberelßaß infolge der kriegsbedingten Ereignisse nicht geerntet werden kann. — Er ist dieser Einschränkung steht der in Aussicht genommene Ertrag immer noch um 2 Millionen Tonnen über dem Durchschnitt für das gesamte Deutschland während der letzten zehn Jahre 1904 bis 1913, der sich auf 44,8 Millionen Tonnen belief. 1901 hatten wir tatsächlich nur einen Ertrag von 36,3 Millionen Tonnen, 1906 von noch nicht 43 Millionen, 1910 von wenig über 43, im Mitteljahre 1911 sogar nur von knapp 34,4 Millionen Tonnen. Die 47 Millionen der letzten, obwohl etwas abgeschwächten Ernteziffer halten sich also noch immer auf recht ansehnlicher Höhe.

Auch große Bedarfsverschiebungen, die eine wesentliche Preissteigerung nach sich ziehen müßten, hat der Krieg, bisher wenigstens, in keiner Weise gebracht. Nach Professor Wohlmann-Halle, der sich wiederum auf das übereinstimmende Urteil der Sachverständigenliteratur beruft, verteilte sich der deutsche 3-jährige Durchschnittsverbrauch auf 45 Millionen Tonne in folgenden Teilmengen auf die einzelnen Verbrauchsgebiete:

13 Mill. To.	zur menschlichen Ernährung
4,6 "	für industrielle Zwecke (Spiritus, Stärke usw.)
16,3 "	zur Fütterung
6,6 "	zur Wiederanstattung
dazu 4,5 "	Verlust d. Fäulnis und Schwund (10 Proz.)
auf 45,0 Mill. To.	

Der Krieg hat bisher nur eine gewisse Menge von Kartoffeln, die früher der Branntweinerzeugung dienten, für andere Verwendungszwecke freigesetzt, also insofern für den Nahrungskonsum nur günstig gewirkt. Denn der Bundesratsbeschluss vom 15. Oktober, der ruhig noch verschafft werden konnte, setzt für alle Brennereien

mit einer Jahresproduktion von über 50 Hektoliter Alkohol den Durchschnittsbrand auf 60 Hunderts Teile des allgemeinen Durchschnittsbrandes, für die Gesamtheit der bayerischen, württembergischen und badischen Brennereien auf  $\frac{7}{10}$  des für 1911/12 zugewiesenen Kontingents fest. Außerdem sollen für 1914/15 beim Spiritus 65 Proz. der hergestellten Erzeugung unter die Vergällungspflicht fallen, also für gewerbliche Zwecke, vor allem wohl als Antreibkraft für Motoren, an Stelle des rasch knapp und teuer gewordenen Benzins, verfügbar gemacht werden. Für die Brauwirtschaften mag das peinlich sein, für den Kartoffelmarkt kann es an sich nur eine gewisse Preisreicherung bringen.

Die rapid um sich greifenden Preistreiberien sind daher nur als Anormalitäten zu behandeln, die auf territorialen Mangelzuständen beruhen, die durch die Verengung der Erzeugung und ungedeckter, zum Teil absichtlich erzeugter Panikstimmungen der Konsumenten- und Kleinläufermärkte beruhen. Vom September ab, in erster Linie jedoch im Oktober, sind wie Bevölkerungsstöße daran gewöhnt, sich mit einem Male gleichzeitig für einen länger dauernden Bedarf einzusetzen. Diesmal verfiel sich die außerordentliche Nachfrage noch durch die zwar wohlgemeinten und innerlich durchaus berechtigten, aber geschäftlich wenig geschickt disponierenden Bemühungen zahlreicher Gemeindevorstände; verdrängte Vorräte zum Weiterverkauf oder zur freien Abgabe an Bedürftige zu erwerben. Auf der Gegenseite flocht die Zufuhr mehr als sonst, weil sich die Abwertung unter dem verhältnismäßigen Mangel an landlichen Arbeitskräften länger als gewöhnlich hinauszog und weil sich die Zufuhr zu den Absatzmärkten eher noch mehr als sonst verzögerte; die fehlenden gewordenen Jugiler sind für die noch ausstehenden Feldarbeiten nicht zu entbehren und die weiterbefördernden Bahnen funktionieren vollends nicht in alter Regelmäßigkeit. Für wucherliche Wuchsen aller Art ist dies, wie sich denken läßt, eine gesunde Gelegenheit. Die Vorratshäufung können bei der tatsächlichen augenblicklichen Knappheit mehr verlangen, sobald sie nur wollen, und die kopflosen Käufer steigern ihren Andrang und damit von neuem die Knappheit, weil sie bei in die Höhe schnellsten Preisen erst recht nach sofortiger Bedarfsdeckung streben. Händler und Landwirte wiederum entschließen sich um so weniger zu Verzerrungen, je lehrere Preise sie später für ihren Handelsartikel oder ihr Erzeugnis erlösen dürfen. Nach allen grundlegenden Produktions- und Bedarfsverhältnissen mag die ganze Entwicklungstendenz noch so unnatürlich erscheinen; die verkettete Welt wird dennoch längere Zeit zur Wirrlichkeit.

Selbstverständlich können alle beteiligten Verbraucher und Käufer gar nicht genug ermahnt werden, nicht durch eigene Schuld und sinnlose Ungebuld das Uebel zu verschlimmern. Schnelles Handeln und Eingreifen der Behörden muß jedoch vor allem die raschere und gründlichere Wendung zum Besseren bringen. Im Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission hat es deshalb bisher zu Worte gekommenen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen gefordert, um die Käufer zu beruhigen und die Vorratshäufung von weiteren Zurückhaltungen abzuführen. Da der Bundesrat auf Grund seiner Verordnung vom 25. August die Auskunftsspflicht über Vorräte an Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art sowie an rohen Naturerzeugnissen, Holz und Leuchtstoffen eingeführt hat, so muß es ein Leichtes sein, die willkürliche Warenzirkulation zu kontrollieren und gegen unnötigen Ausschweifungen durch eine Verkaufsspflicht zu ergreifen. Sollte die geplante stärkere Verwendung von Kartoffelmehl für die Brotbackerei Wirksamkeit werden, so liest sich noch ein Anlaß mehr, die dadurch erlebte Ernährungssicherung nicht wieder durch die erschwerenden Preise der neuen Beimischung ganz hin-fällig machen zu lassen.

Da die Kartoffelernte, selbst nach den jüngsten herabgesetzten Schätzungen und nach Abzug des ohnehin und oberflächlichen Ausfalles, immer noch als eine normale Durchschnittsernte anzusehen wäre, so dürften die behördlichen Preisnormen natürlich die leistungsfähigen Durchschnittspreise nicht wesentlich überschreiten.

## Die Unmöglichkeit der generellen Familienunterstützung durch die Gewerkschaften.

Daß der Weltkrieg die Gewerkschaften vor eine schwierige Aufgabe gestellt hat, die nur durch die unerschütterliche Hingabe der Zurückgebliebenen befriedigend gelöst werden kann, darüber ist man sich allenthalben klar. Manches einer, der Jahre- bis Jahrzehntlang seiner Gewerkschaft alles gegeben hat, bis sie groß und stark war, sieht heute mit Schmerz, wie durch diesen Krieg Jahrzehntelange Mühen und Opfer scheinbar vergeblich gebracht worden sind und erzielte Erfolge bedroht sind, vernichtet zu werden.

Ein Glied für die deutsche Arbeiterschaft, daß die Gefahren um den Bestand der Gewerkschaftsorganisationen über den Krieg und für ihr Wiederaufleben nach dem Krieg nur scheinbare, vorübergehende sind. Täglich gibt es erhebliche, auch dem Überzeugtesten wohlthuende, den Zweifler wieder aufrichtende Beweise, daß der Krieg die Opferbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder nicht erschüttert hat, daß noch eine stattliche Schar von Mitgliedern vorhanden ist, die bereit und entschlossen ist, durchzuhalten, komme, was da kommen mag. Dieser Teil bürgt für den Bestand der Organisationen über den Krieg und wird so zu einem Kulturträger im wahren Sinne des Wortes.

Wenn auch den mit den Verhältnissen vertrauten die Einsicht nicht abgeht, daß sich die Gewerkschaften über den Krieg zu halten verstehen werden, daß ihr Widerstand nach dem Kriege eine Notwendigkeit ist, die in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen begründet liegt, und der sich die Arbeiterschaft nicht entziehen kann, ohne zu verzweifeln, so besteht trotzdem die Pflicht, nichts zu unterlassen, was geeignet ist, die Gewerkschaften so stark an Mitgliedern und finanziellen Mitteln über die Kriegszeit hinaus zu erhalten, daß sie imstande sind, ihre Tätigkeit mit Eintritt des Friedens alsbald wieder in vollem Umfange aufnehmen zu können.

Die Gefahren, die den Bestand der Organisationen bedrohen und ihre Aktionsfähigkeit nach dem Kriege merklich zu beeinträchtigen geeignet sind, bestehen in der zeitweiligen Aushebung einiger Unterstützungskarten und der Ablehnung der Bezahlung einer regelmäßigen wöchentlichen oder monatlichen Unterstüfung an die Familien der Mitglieder, die zum Kriegsdienst einberufen wurden. Gesündigt wurde hier auch seit ne Einzeln Zentralvorstände, die reichlich 6 Wochen Zeit brauchen, bis es zu einer einheitlichen Beschlußfassung über die Bezahlung oder Nichtbezahlung von Unterstüfung an die Familien der Einzelgenossen kam. Während die Zentralvorstände der meisten Gewerkschaften, darunter auch unser Vorstand, sich auf den Standpunkt stellen, daß es L. Aufgabe des Staates und der Gemeinden sein müsse, für die Familien der Einzelgenossen zu sorgen, und 2. die Gewerkschaften gar nicht in der Lage seien, die notwendigen Mittel für die Familienunterstüfung neben der Unterstüfung für die Arbeitslosen aufbringen zu können, ohne daß die Organisationen in wenigen Monaten finanziell ruiniert wären, hat der Zentralvorstand des Holzarbeiterverbandes alsbald nach Kriegsausbruch beschlossen, den bedürftigen Familien seiner zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder eine fortlaufende wöchentliche Unterstüfung zu zahlen. Dieser Beschluß hat in der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung verwirrend gewirkt, es wurde auch dadurch nicht besser, daß die Zustellenverwaltungen die Meinung erbielten, daß Unterstüfung nur an bedürftige Familien eingezogener Mitglieder bezahlt werden dürfe. Welche Familie wird sich nicht bedürftig fühlen, wenn der Ernährer monatelang im Felde steht?

Die Aufhebung der Krankenunterstüfung über die Dauer des Krieges wurde — von Ausnahmen abgesehen — im großen und ganzen als eine Maßnahme betrachtet, wie sie durch die Kriegslage nun einmal selber gegeben war, und führte nirgends zu unwürdlichen Schwereigkeiten. Die Kranken Mitglieder sahen ein, daß sie mit der Unterstüfung, wie sie sie von den Ortskrankenstellen erhalten, immer noch besser daran sind, wie die Arbeitslosen, die eben nur auf die Unterstüfung ihrer Organisation angewiesen sind. Anders liegen die Dinge bei der Berechnung der Bezahlung von Unterstüfung an die Familien der einge-





Beamten erhalten neben ihrem heimatlichen Dienst...

- a) Hilfsbedienstete der Eisenbahnverwaltung... b) sonstige Hilfsbedienstete, Oberbauarbeiter... c) die als Vorarbeiter verwendeten Personen...

Die Beamten und Arbeiter erhalten außerdem für die Tage, an denen ihnen weder Quartier- noch Magazinerpflege gewährt werden konnte, Abfindungen zur Selbstbesitzung.

Das heimatliche Dienstentkommen der Beamten (Gehalt, Wohnungsgeldzuschuss und Stellenzulage...)

Die Hilfsbeamten und Arbeiter erhalten ihre Dienstbezüge unmittelbar aus der Militärkasse... Die Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung...

Rundschau

Beschäftigung von Handlungsgehilfen in Abfertigungsdienst. In einem Erlass vom 4. Oktober...

Gefuche um Zustimmung zu freiwilligem Eintritt in den Seeresdienst. Die Verzeigerung, mit der alle Teile des deutschen Volkes...

der Arbeit bei der eigenen Verwaltung für das Wohl des Vaterlandes tätig ist.

Verhalten des Eisenbahnpersonals gegenüber Kriegsgewüchten. Die württembergische Eisenbahnverwaltung hat folgende Bekanntmachung erlassen...

Hafenarbeiter.

Die Frage, ob die Ewerführer unständige Arbeiter im Sinne der H. V. O. sind, ist nunmehr seitens des Oberverversicherungsamtes...

Gegen die Entscheidung des Versicherungsamtes Hamburg vom 15. April 1914 — B. V. H. 14 ff. — auf welche wegen der Sach- und Streitdarstellung Bezug genommen wird, hat die Firma Jürgens u. Kellers Beschwerde eingelegt...

Das Oberverversicherungsamt hat sich der zutreffenden Bestätigung der angeforderten Entscheidung angeschlossen. Die gegen diese Entscheidung vorgebrachten Gründe...

sein pflegt? Diese Frage ist zu verneinen. Die Arbeitslosigkeit eines Ewerführers ist in der Regel auf einen längeren Zeitraum als den von einer Woche berechnet...

Aus allen diesen Erwägungen muß, wie eingangs betont, die Entscheidung des Versicherungsamtes aufrechterhalten werden. Es braucht deshalb die von den Parteien weiter erörterte Frage...

Ein Schwindel des gelben 'Hafenarbeiter' vor Gericht. Wie unsere Leser sich erinnern werden, hatte der Kollege Michaelson gegen den 'Redakteur' des 'Hafenarbeiter'...







